

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

21. Oktober 2014

im **Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses, Hauptstraße 27**, in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeisterin **Tanja Grether**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Michael **Krieger**, Jochen **Leinberger**, Thomas **Mayer**, Hans **Rossel**, Cornelia **Umhau**, Erhard **Rupprecht**

Verwaltung: Böhm, Herbold, Kneißl

Es fehlten als entschuldigt: Gerold **Rossel**, Sebastian **Hauck**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 13. Oktober 2014 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 17. Oktober 2014 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zu der Sitzungsniederschrift vom 30. September 2014

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sitzungsniederschrift über die Sitzung des neuen Gemeinderats vom 30. September 2014 zu.

Abstimmung: 13 Ja

02. Hochwasserschutz in Neckarbischofsheim

hier: Sachstandsbericht zur Verlegung des Rosenbaches

Herr Rossel erklärt sich bei diesem Tagesordnungspunkt für befangen und setzt sich in den Zuschauerraum.

Bürgermeisterin Tanja Grether erläutert, dass nach dem Hochwasser 1994 viele Maßnahmen getroffen wurden, um den Hochwasserschutz in Neckarbischofsheim zu gewährleisten. Details hierzu werden von Herrn Werner, Frau König und Herrn Schmidt vom Hochwasserzweckverband vorgestellt.

Herr Werner begrüßt die Bürgermeisterin, die Gemeinderäte und anwesenden Zuschauer. Er merkt an, dass man nach der Vorstellung im Gemeinderat vor 1,5 Jahren lange auf die Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde warten musste, bis die Ausschreibung der Maßnahme erfolgen konnte. Hierbei war die Firma Hauck der günstigste Bieter. Die Kosten sind jedoch höher als der Betrag, der 2012 für die Maßnahme veranschlagt wurde. Nachdem das Genehmigungsverfahren im Wasserrechtsamt durchgeführt worden ist und die Hausaufgaben zur Verlegung des Rosenbaches gemacht worden sind, mit der Maßnahme begonnen werden kann. Der Genehmigungsbescheid und Bewilligungsbescheid des Regierungspräsidiums liegen mittlerweile ebenfalls vor. Herr Werner begrüßt die Verlegung und merkt an, dass der Sachstand in der heutigen Sitzung mitgeteilt werden soll, sodass nächste Woche die Maßnahme starten kann, sofern die Firma Hauck Zeit hat.

Frau König übernimmt sodann das Wort und erläutert die Verlegung des Rosenbaches von der Sinsheimer Straße bis hin zur Einmündung des Krebsbaches. Die Gemeinde hat sich schon gut darauf eingestellt und für die benötigte Fläche der Gewässertrassierung die Grundstücke gekauft. Die überlastete hydraulische Brücke in der Sinsheimer Straße wird mit einer Stahlkonstruktion neu gebaut, sodass nun die Überfahrt mit Schwerfahrt gewährleistet ist. Im Eingang des Schlossparks (Altarm des Rosenbaches) wird die Brücke beibehalten. Aufgrund der Topographie ist es nicht möglich, ein Zugang zu realisieren. Mit der Verbreiterung der Brücke in der Sinsheimer Straße ist ein Gehweg über den Rückbauweg geplant.

Weiterhin ist ein gegliedertes Gerinne geplant, damit bei Normal- oder Niedrigwasser genügend Wasser für Bioorganismen vorhanden ist. Der Rosenbach wird unter anderem mit einer Drainage verfüllt. Von den Brückenbauwerken werden zwei Stück für Bewirtschaftungsfahrzeuge wie bspw. die Fahrzeuge vom Bauhof überfahrbar sein. Die Brücke wird einen geschlossenen Brückenbelag bekommen, der wartungsarm ist. Oberhalb der Sinsheimer Straße wird ein Gehweg über die Brücke führen, was eine kostengünstigere Variante darstellt.

Die Ausschreibung wurde von acht Bietern abgeholt, wovon vier Angebote eingereicht worden sind. Günstigster Bieter war die Firma Hauck aus Waibstadt mit einer geprüften Bau-summe in Höhe von 488.756,04 €, gefolgt von der Firma Mackmull aus Elztal-Muckental (534.163,93€), Firma Zehe aus Burkardroth (586.693,06 €) sowie der Firma Amos aus Brackenheim (615.428,34 €).

Frau König zeigt noch einige Beispielsbilder vom Gewässerausbau in Rauenberg, damit die Gemeinderäte einen Eindruck bekommen wie der Gewässerausbau aussehen kann. In Rauenberg wurde eine raue Rampe mit einer Steinschüttung für Fische eingebaut, damit auch die Durchgängigkeit vom Bach gewährleistet ist. Weiterhin wurde in Rauenberg ein neues Bachprofil angelegt und die Böschungsbefestigung ist mit Blocksteinen realisiert worden. Dies soll in Neckarbischofsheim teilweise umgesetzt werden. Bei warmen Temperaturen wird der Bach von Kindern zum Spielen benutzt.

Herr Schmidt vom Hochwasserzweckverband erläutert, dass so viel Förderungen wie möglich (70%) vom Zweckverband beantragt worden sind. Man bemühte sich die Kosten aufs Minimum zu reduzieren.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach, was unter dem Begriff „hydraulisch überlastete Brücke“ zu verstehen ist. Herr Schmitt teilt mit, dass bei den Brücken eine Querschnittsberechnung durchgeführt worden ist, um herauszufinden wie viel Wasser problemlos hindurch kann bis

ein Stau vor der Brücke entsteht und sich das Wasser ausbreitet. Alle Brücken waren dabei hydraulisch überlastet, weshalb eine höhere Ansetzung der Brücke vorgenommen wird. Die Gewölbebrücke am Altarm bleibt jedoch erhalten.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach wie die Mehrkosten zustande gekommen sind. Herr Werner erläutert, dass vor allem die 1,5 Jahre zwischen der Planung und heutigem Sachstand dazu beigetragen haben, dass die Kosten in die Höhe gegangen sind. Herr Schmitt teilt ferner mit, dass die mittlere Brücke bisher ohne Stahlkonstruktion gerechnet wurde und erst im Nachhinein entschieden wurde diese für den Bewirtschaftungsverkehr befahrbar zu machen. Weiterhin ist eine Vorgabe der unteren Naturschutzbehörde, dass bereits im September angefangen werden sollte. Daher war der Ausschreibungszeitraum nur sehr kurz.

Stadtrat Thomas Mayer findet den Anstieg der Kosten von fast 25% sehr viel und fragt nach, ob der Grund auch an den höheren Baukosten liegt. Herr Schmidt teilt mit, dass die späte Ausschreibung ein entscheidender Faktor ist, aber auch die Tatsache, dass der Deckenbelag der Sinsheimer Straße nun mitaufgenommen ist.

Stadtrat Hans-Peter Jelinek fragt nach was der Unterschied zwischen zuwendungsfähigen und nicht zuwendungsfähigen Kosten bei den Brücken sei. Herr Schmitt erläutert, dass beim Abriss von alten Brücken und Aufbau von neuen Brücken der Restwert der Brücken zu 70% gefördert wird. Die Restwerte-Ermittlung wurde mit Java berechnet. Dabei hatte die Brücke in der Sinsheimer Straße einen Restwert von 31,25 % und die Brücke im vorderen Bereich des Rosenbaches einen Restwert von 57,5%. In der Berechnung vor 1,5 Jahren waren beide Brücken noch zu 100 % berücksichtigt und nicht nur anteilig. Insgesamt waren die Kosten vor 1,5 Jahren nur kalkulierte Zahlen. Daher hätte es bei einer Ausschreibung vor 1,5 Jahren bereits zu dieser Preissteigerung kommen können. Herr Schmitt teilt weiterhin mit, dass die Baupreise in den letzten Jahren generell stark angezogen haben und nicht mit heute vergleichbar sind.

Stadträtin Cornelia Umhau fragt nach den genauen Restwerten der Brücken und stellt fest, dass knapp die Hälfte der Kosten aufgrund dieser Tatsache und die andere Hälfte der Kosten wegen den höheren Ausschreibungskosten gestiegen sind. Herr Schmitt teilt mit, dass die Brücke im vorderen Bereich 46.000,00 € kostet, wovon der Restwert 26.000,00 € beträgt. Hiervon werden 70 %, also 18.600,00 € gefördert. Die Kosten für die Brücke in der Sinsheimer Straße betragen 72.000,00 €. Von dem Restwert (22.000,00 €) werden ebenfalls 70 %, also 16.000,00 € gefördert.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach wie sich die Stadtverwaltung die Umleitung während der Bauzeit auch für die Müllfahrzeuge und Anwohner vorstellt. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass die Umleitung durch die Gärten im Bitzweg geplant ist.

Stadträtin Karin Bender teilt mit, dass ihr bei der Durchsicht der Vorlage ein wenig mulmig geworden ist, vor allem da im Mai 2013 um einiges bessere Zahlen in der Vorlage standen. Sie teilt weiter mit, dass sie sich sicher ist, dass sie dem Grundsatzbeschluss nicht zugestimmt hätte, wenn sie den momentanen Betrag gesehen hätte. Der damalige Anteil der Stadt in Höhe von 48.000,00 € ist nichts im Vergleich zur jetzigen Summe in Höhe von 245.000,00 €. Ihr ist bewusst, dass gerade nach dem verheerenden Hochwasser im Jahr 1994 der Hochwasserschutz enorm wichtig ist. Aber die Preissteigerung rechtfertigt ihrer Meinung nach nicht die Maßnahme. Die fünffachen Kosten sind ihr einfach zu hoch.

Herr Werner vom Hochwasserzweckverband teilt mit, dass die Sinsheimer Brücke mit eingerechnet werden muss. Der Betrag von 48.000,00 € ist viel zu wenig, da allein die Baukosten 400.000,00 € betragen. Nach der Förderung von 70 % bleibt immer noch der städtische Anteil von 30 %, was mehr als 48.000,00 € ausmacht.

Stadträtin Karin Bender erläutert, dass noch die Förderung des Landessanierungsprogramms abgezogen wurde und danach dieser Betrag als Anteil auf die Stadt zugekommen wäre. Deshalb hat sie sich damals auch für die Maßnahme entschieden und ist sich nicht sicher, ob sie dieser am heutigen Abend zustimmt.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erläutert, dass im Haushaltsplan 2014 für diese Maßnahme an verschiedenen Stellen Gelder eingestellt worden sind. Insgesamt sind für die Maßnahme 144.000,00 € eingestellt, wovon 30.000,00 € beim Straßenbau, 50.000,00 € beim Gewässerausbau und der Rest beim Landessanierungsprogramm. Stadträtin Karin Bender stellt fest, dass die Differenz, 64.000,00 € im Landessanierungsprogramm abgerechnet wird. Herr Schmitt teilt mit, dass durch die Verlegung des Rosenbaches extra größer geplant wurde, damit das 2. Hochwasserrückhaltebecken gespart wird. Mit der Erfahrung der letzten

Jahre wurde umorganisiert und die Bäche werden künftig vergrößert anstatt Rückhaltebecken zu bauen. Mittlerweile ist der Rosenbach an einigen Stellen nur noch eine kleine Rinne, sodass die Verlegung dringend notwendig ist.

Stadträtin Karin Bender versteht den Sinn und auch die Ursache der Verlegung, teilt mit, dass die mit den hohen Kosten ihre Probleme habe. Herr Werner äußert erneut, dass die Restwertberechnung der Brücken einiges teurer macht.

Stadtrat Michael Krieger fragt nach, ob der Rosenbach der Maßnahme das Hochwasser von 1994 aushalten würde.

Herr Werner teilt mit, dass eine Berechnung durchgeführt worden ist, sodass es ausreicht die Wassermengen zurückzuhalten. Bei einem hohen Hochwasser ist es ebenfalls wirksam, wenn bachbegleitende Dämme in Form von Sandsäcken aufgebaut werden. Zum momentanen Zeitpunkt wird davon ausgegangen, dass die Breite ausreicht. Als Katastrophenvorsorge sollte die Feuerwehr dennoch vor Ort sein, um eventuell mit Sandsäcken nachzurüsten.

Stadtrat Hans-Peter Jelinek führt aus, dass er die Worte von Stadträtin Karin Bender aufgreifen will und fragt gleichzeitig nach, ob es Alternativen zur Verlegung des Rosenbaches gibt. Weiter fragt er nach, ob es möglich ist die Maßnahme zu verschieben und eventuell durch die Verschiebung mit einem günstigeren Preis gerechnet werden kann.

Herr Schmidt erläutert, dass er es den Gemeinderäten raten würde die Maßnahme zu verschieben, wenn er sich sicher wäre, dass Einsparmöglichkeiten da wären. Diese sieht er aber nicht.

Stadtrat Hans-Peter Jelinek fragt nach, was passiert, wenn der Gemeinderat die Maßnahme ablehnt.

Herr Werner führt aus, dass kein Druck auf der Gemeinde liegt und dass gewartet wird, wenn die Gemeinde das ablehnen sollte. Eine zehnjährige Hochwasserschutz-Leistungsfähigkeit sei gegeben.

Herr Schmitt teilt mit, dass die Förderung vom Regierungspräsidium für Oberlaufbecken entfallen würde.

Stadtrat Thomas Mayer fragt an, ob der Fußweg in den Schloßpark erhalten bleibt und ob die alte Sandsteinplatte komplett wegkommt. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erläutert, dass die Sandsteinplatte nach dem TÜV-Gutachten sowieso entfernt werden muss.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass sie die Maßnahme sehr wichtig findet und davon auszugehen ist, dass die Maßnahme im nächsten Jahr nicht günstiger wird. Auch die Brücke in der Sinsheimer Straße müsse auf jeden Fall angegangen werden und sei jetzt in der Gesamtmaßnahme enthalten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt zur Verbesserung des Hochwasserschutzes den überplanmäßigen Ausgaben zur Verlegung des Rosenbachs zu.

Abstimmung: 10 Ja 2 Enthaltungen

03. Kanalsanierung im Ziegelweg im Stadtteil Untergimpfern

hier: Vergabe der Sanierungsarbeiten

Bürgermeisterin Tanja Grether erläutert, dass man versucht, die Maßnahme zur Sanierung des Ziegelwegs ins ELR-Programm einzubringen und dann die Förderung nächstes Jahr erfolgen könnte. Allerdings muss vorher eine Kanalsanierung durchgeführt werden, die nicht im ELR förderfähig ist.

Der Mitarbeiter des technischen Bauamts Herr Herbold erklärt, dass im Haushalt 60.000 Euro für die Kanalsanierung angesetzt sind. Die Kanalsanierung soll mit einer Inlinersanierung durchgeführt werden, da dies günstiger ist. Die Fa. Kilian, die das günstigste Angebot abgegeben hat, war in Neckarbischofsheim bereits im Einsatz.

Stadtrat Thomas Mayer erklärt, dass die Firma auch schon in der Turmstraße und Gartenstraße tätig war.

Stadtrat Michael Krieger fragt nach, ob es bei der Sanierung wirklich eine Garantie von 40 Jahren gibt. Herr Herbold bestätigt dies.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Auftragserteilung zur Kanalsanierung im Ziegelweg in Untergimpfern zum Angebotspreis von brutto 33.279,66 EUR von der Fa. Kilian Kanalsanierung GmbH aus Fürth/Odw. zu.

Abstimmung: 13 Ja

04. Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt hier: Neuwahl der Vertreter und Stellvertreterregelung

Bürgermeisterin Tanja Grether erläutert, dass nachdem in der letzten Sitzung die Hauptsatzung geändert wurde, eine Neuwahl der Vertreter und Stellvertreterregelung nötig ist.

Vorschlag für das achtes Mitglied im Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt ist Herr Stadtrat Rüdiger Knapp von der CDU/UW-Fraktion.

Durch die Wahl eines achten Mitglieds entfällt die personenbezogene Vertreterregelung, da nicht genügend Gemeinderäte als Vertreter möglich sind. Frau Bürgermeisterin Tanja Grether bittet die Fraktionen um Nennung der Reihenfolge.

Von der FW/SPD-Fraktion wird die Reihenfolge der Vertreter wie folgt festgelegt:

1. Frau Karin Bender
2. Herr Gerold Rossel
3. Herr Jochen Leinberger

Stadtrat Rüdiger Knapp erläutert, dass die CDU/UW-Fraktion die Reihenfolge intern klärt.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim wählt als weiteres Mitglied in den Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt Herrn Rüdiger Knapp. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim legt als Vertreter der FW/SPD-Fraktion folgende Reihenfolge für die Vertretung im Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt fest:

1. Frau Karin Bender
2. Herr Gerold Rossel
3. Herr Jochen Leinberger

Die Reihenfolge der Vertreter aus der CDU/UW-Fraktion wird intern geklärt.

Abstimmung: 13 Ja

05. Zweckverband „Wasserversorgungsgruppe Mühlbach“ hier: Neuwahl der Vertreter für die Verbandsversammlung und den Verwaltungsrat

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass aufgrund der Haushaltssatzung und der Satzung des Zweckverbands nur ein Mitglied der Verbandsversammlung als Stellvertreter für den Verwaltungsrat gewählt werden kann. Deshalb wird Herr Rüdiger Knapp als Stellvertreter vorgeschlagen, da er auch in der Verbandsversammlung ist.

Beschluss:

Die Wahl von Bürgermeisterstellvertreterin Karin Bender vom 29.07.2014 als Stellvertreterin für den Verwaltungsrat im Zweckverband „Wasserversorgungsgruppe Mühlbach“ wird aufgehoben. In Abstimmung beider Gemeinderatsfraktionen wird Stadtrat Rüdiger Knapp als Stellvertreter für den Verwaltungsrat im Zweckverband „Wasserversorgungsgruppe Mühlbach“ gewählt.

Abstimmung: 13 Ja

06. Breitband – Ausbau

hier: Beschluss über den Beitritt der Stadt Neckarbischofsheim zum Zweckverband „High-Speed-Netz Rhein-Neckar“

Bürgermeisterin Tanja Grether begrüßt zu diesem TOP Herrn Drescher und Herrn Kern, Verantwortliche für das Projekt fibernet.rnk beim Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreis und dankt Ihnen für Ihr Kommen. Sie betont, dass die Stadt Neckarbischofsheim heute über den Beitritt zum Highspeed-Zweckverband aufgerufen ist und

in der Vorlage unter Punkt b bereits die Kostenberechnung für eine Feinplanung aufgeführt ist. Danach verursacht die Feinplanung, die für die weitere Umsetzung notwendig ist für jeden Hausanschluss 12,00 €. Insgesamt betragen die Kosten rund 15.500,00 €, wovon 35 % gefördert werden, sodass der städtische Anteil bei rund 10.000,00 € liegt.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt weiter aus, dass im Haushalt diesen Jahres bereits mehr als 200.000,00 € eingestellt sind und man so schnell wie möglich vorankommen sollte.

Unter Punkt c steht zum Beschluss, den Zweckverband mit der Ausbauplanung für die ersten anzuschließenden Gebiete zu beauftragen. Dies verursacht an dieser Stelle noch keine Kosten. Der Zweckverband leistet organisatorische Hilfe, der Gemeinderat hat aber die einzelnen Ausbauschnitte und das Tempo, in welchem dies geschehen soll durch seine zu fassenden Beschlüsse in der Hand. Wenn der Gemeinderat heute Abend den Beitritt zum Zweckverband beschließt, sei es sinnvoll, auch gleich die Feinplanung und die Ausbauplanung zu beschließen.

Herr Drescher bedankt sich bei Bürgermeisterin Tanja Grether für den Empfang und begrüßt die anwesenden Stadträte und Zuschauer. Er stellt heute das Projekt fiber-net.rnk vor und ist für Fragen gerne offen. In der ausgeteilten Broschüre sind sämtliche Beispiele integriert. Herr Drescher führt aus, dass sich nach einer Studie von Prof. Dr. Jürgen Anders von der Hochschule Furtwangen das Datenaufkommen in den nächsten drei Jahren verdoppeln wird. Im LTE-Bereich verzehnfacht sich das Datenvolumen sogar. Daher ist es auch so wichtig in die Infrastruktur zu investieren, damit der Bedarf erfüllt werden kann. Im gewerblichen Bereich werden für die Virtualisierung von IT-Anwendungen (Arbeiten in der Cloud, Programmnutzung) dementsprechende Datenleitungen für den UP- und Download gebraucht. Das Einsparpotential von IT-Anwendungen liegt häufig zwischen 50 und 70 %, sodass hierdurch eine große Gewinnspanne für die Industrie besteht. Im privaten Bereich, so Herr Drescher, werden in einem Jahr 47 Millionen Bildschirmgeräte verkauft, die alle internetfähig sind. Demnach gibt es mehr Geräte, die Internet nutzen. Als ein Beispiel gilt das Fernsehen. Die Tagesschau-Nachrichten kommen jeden Tag um 20.00 Uhr auf ARD. Viele schauen sich aber aufgrund von Zeitmangel die Nachrichten aber an, wenn sie es wollen und das können sie jederzeit und überall auf der Tagesschau-App. Auch Filme werden auf Abruf geschaut, sodass hierfür auch eine große Menge an Daten benötigt wird. So schnell wie sich alles entwickelt ist sogar nicht mal sicher, ob die Datenmenge von 50 MB/Download in drei Jahren noch ausreichend ist. Deswegen sollte sich jede Stadt mit diesem Thema auseinandersetzen und sich entscheiden was den Bürgerinnen und Bürgern angeboten wird. Schließlich ist das Breitband auch ein wichtiger Standortfaktor gerade für die Ansiedlung von Gewerben und jungen Familien.

Der Beginn des Ausbaus mit Glasfaser liegt trotz des möglichen Beitritts in den Zweckverband am heutigen Abend jederzeit bei der Gemeinde bzw. dem Gemeinderat. Technologisch zukunftssicher ist die Versorgung aller Gebäude mit einem Glasfaseranschluss. Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt wird diese Versorgung flächendeckend in keiner Kommune im Rhein-Neckar-Kreis leisten können. In ganz Deutschland werden die Ausbaurkosten insgesamt 92 Milliarden Euro betragen. Jedoch taucht die Frage auf, wer die Verlegung finanziert. EU, Bund und das Land Baden-Württemberg fördern die Kommunen beim Aufbau einer leistungsfähigen Breitbandinfrastruktur. Es ist möglich den Ausbau mit 40 Jahren abzuschreiben. Das Glasfasernetz wird dafür sorgen, dass die Datenübertragung 50-70 Jahre lang gesichert ist.

Herr Drescher führt weiter aus, dass der Ausbau des Glasfasernetzes die Infrastruktur der Zukunft und vor allem bei den Gewerbetreibenden ein wichtiges Thema ist. Daher wird der Ausbau auch vom Bund und Land gefördert. Als Beispiel nennt Herr Drescher die Bahnstadt in Heidelberg, die mittlerweile komplett mit Glasfaser ausge-

baut ist. In Russland sind bereits 15 % der Gebäude damit versorgt. Im Entwicklerland Südkorea sind sogar zwischen 70 und 80 % der Haushalte mit Glasfaseranschlüssen ausgestattet.

Die Machbarkeitsstudie, die im Rhein-Neckar-Kreis durchgeführt wurde, wird von Herrn Kern vom Landratsamt vorgestellt. Herr Kern erläutert, dass die Machbarkeitsstudie durchgeführt wurde, um zu sehen, wie der Rhein-Neckar-Kreis momentan ausgestattet ist und was alles möglich ist. Das Projekt fibernet.rnk hat als Modellprojekt des Landes Baden-Württemberg alle möglichen Handlungsoptionen für eine Verbesserung der Breitbandversorgung im Rhein-Neckar-Kreis in fünf Teilprojekten untersucht. Von der Grobplanung, die den Fachverstand von Städten, Gemeinden und der Analyse durch Herrn Prof. Dr. Anders mitaufgenommen hat, ging es zu einer erweiterten Marktanalyse vor Ort und der Klärung der Finanzierung. Mit allen Verantwortlichen der 54 Städte und Gemeinden wurden jeweils mindestens sechs Abstimmungsgespräche durchgeführt.

Ferner teilt Herr Kern mit, dass der Kreistag am 01.04.2014 die weitere Umsetzung der Projektergebnisse einstimmig beschlossen hat. Es wurden seitdem beispielsweise in der Gemeinde Lobbach Rohre für Glasfaser verlegt. Dennoch sind noch viele Anstrengungen zu durchlaufen. Dafür werden sicherlich noch 10-15 Jahre vergehen, um alles zu realisieren. Wie schnell es in Neckarbischofsheim vorangeht entscheidet ganz alleine der Gemeinderat.

Bis zum Jahr 2017, so Herr Kern, soll das Kreisnetz im Rhein-Neckar-Kreis ausgebaut und finanziert werden, damit jede Gemeinde zwei Übergabepunkte hat. Für den innerörtlichen Ausbau jedoch ist jede Gemeinde selbst verantwortlich. Um den Breitbandausbau so schnell wie möglich voranzutreiben, rät Herr Kern die Feinplanung, also den Masterplan bis zu diesem Zeitpunkt fertiggestellt zu haben, damit vor allem die Tiefbaukosten so gering wie möglich ausfallen.

Als weiteren Punkt erläutert Herr Kern die Organisation des Zweckverbandes. Dieser dient als Dienstleister für den Breitbandausbau und ist zuständig für Beratung, Planung, Fördermittel, Bau, Betrieb und Verpachtung des Netzes. Er verwaltet treuhänderisch das geschaffene Anlagevermögen für die einzelnen Mitglieder bis zu deren Austritt. Bis zum heutigen Tag sind 40 Kommunen mit sehr verschiedenen Größen bzw. Einwohnerzahlen dem Zweckverband beigetreten. Dies hat zur Auswirkung, je mehr Mitglieder es sind, desto günstiger wird es für jeden Einzelnen. Die Erfahrung zeigt, dass die Kommunen, die den Breitbandausbau in Eigenregie durchgeführt haben, bisher keinen Netzbetreiber gefunden haben. Sofern alle 54 Städte und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises dem Zweckverband beitreten und davon gerade mal 40% einen Anschluss bestellen, sind das insgesamt mehr als 100.000 Anschlüsse.

Die Ausschreibung für den Netzbetrieb ist bereits gestartet und es konnten schon einige Abrufe von möglichen Betreibern verzeichnet werden.

Herr Kern erläutert weiter, dass jedes Mitglied eine Stimme im Zweckverband hat.

Weiterhin gibt es noch 100 Verhältnisstimmen, die aufgrund der Anzahl der Endkunden im Verhältnis vergeben werden. Daneben gibt es zur Vorberatung einen Hauptausschuss mit 8 Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden.

Diesem Hauptausschuss gehört auch der Landrat an. Für die Geschäftsführung, die ebenfalls von der Verbandsversammlung gewählt wird, werden drei Personalstellen für die technische Leitung, Sachbearbeitung Technik und Verwaltung und Assistenz benötigt.

Der Rhein-Neckar-Kreis als Mitglied des Zweckverbandes verantwortet den Zusammenschluss aller Mitglieder an ein gemeinsames Zugangsnetz. Städte und Gemeinden stehen für ihren darauf aufbauenden innerörtlichen Ausbau (Gemeindetrassen, Ausbaugebiete) in der Pflicht. Dabei entscheidet das einzelne Mitglied völlig autonom je nach Leistungsfähigkeit über jede einzelne innerörtliche Ausbaumaßnahme.

Herr Drescher teilt mit, dass die Stadt Neckarbischofsheim aufgrund der ländlichen Region in der höchsten Förderkategorie mit 50,00 €/m liegt (Laufmeterpauschale). Der Ausbau von Glasfaser kostet pro Meter 120,00 €, sodass die Kosten pro Meter noch 70,00 € betragen. Hierfür gibt es auch Bundesförderungen in Form von günstigen kfw-Darlehen. Ferner werden noch in der Regel 30% der Investition in Form von Zuschüssen an den Zweckverband als Eigenkapitalausstattung gezahlt.

Herr Drescher merkt an, dass der bisher eingestellte Betrag im Haushaltsplan (200.000,00 €) schon ausreicht, um einiges in Neckarbischofsheim auszubauen. Das Eintrittsgeld zur Finanzierung des Betriebsaufwands liegt bei 1,- Euro pro Einwohner, in Neckarbischofsheim bei 3.908,00 €. Ab dem Jahr 2017 rechnet Herr Drescher mit Erlösen aus der Verpachtung zur Deckung des Betriebsaufwands. Der Erlös bei der Verpachtung wird je nach Anzahl der Endkunden auf die Mitglieder verteilt.

In Neckarbischofsheim sind nach der erweiterten Marktanalyse die Struktur- und Mitverlegungsplanung angedacht. Die Kosten für die Struktur- und Mitverlegungsplanung betragen 10.000,00 €. Herr Kern erläutert weiter die Maßnahmen, die nach der erweiterten Marktanalyse für Neckarbischofsheim angedacht sind. Betroffen für den Ausbau sind zu allererst die Gewerbegebiete im Norden und Westen der Stadt (Auwiesen/Helmstadter Str.), das Wohngebiet Neckarbischofsheim Süd und die beiden Stadtteile Helmhof und Untergimpfern.

Herr Drescher teilt mit, dass mit dem Betreiber der Krebsbachtalbahn, der ENAG, bereits verhandelt wurde, um den Kabeldruck an den Bahnschienen zu nutzen. Jedoch ist das Schienennetz in einem miserablen Zustand und es wäre finanziell nicht leistbar die Umsetzung zu realisieren. Daher ist es geplant einen Schienenfußkabel zu verlegen, direkt unter der Schiene, der alle 60 cm festgeklickt wird. Die Verlegung ist als Modellprojekt geplant und die mündliche Zusage zur Realisierung dieser Verlegung wurde vom Land Baden-Württemberg gegeben. Diese Art der Verlegung ist natürlich auch kostengünstiger.

Die Realisierung wäre im nächsten Jahr bereits möglich. Die Ausschreibung für die Realisierung am Schienennetz der S-Bahn Rhein-Neckar erfolgt nächste Woche. Deshalb sollte ein Beschluss über den Beitritt zum Zweckverband in diesem Monat erfolgen. Bis Dezember wird der Zweckverband seinen Haushalt aufstellen. Geplant ist auch bis Mai nächsten Jahres einen Betreiber zu finden.

Bürgermeisterin Tanja Grether dankt Herrn Drescher und Herrn Kern für die ausführliche Präsentation und die gute Zusammenarbeit in den letzten anderthalb Jahren.

Stadtrat Hans-Peter Jelinek fragt nach den technischen Details zu dem Schienenfußverfahren. Er begrüßt es, dass Helmhof und Untergimpfern an die Breitbandversorgung angeschlossen werden. Momentan ist das auch kein Problem, da der Bahnbetrieb noch läuft. Er möchte wissen was passiert, wenn die Bahn schließt und die Schienen zurückgebaut werden.

Herr Drescher führt aus, wenn ein Rückbau erfolgen sollte, dass danach Glasfaserkabel verlegt werden müssten. Die Fläche steht ja dennoch zur Verfügung und könnte danach einer anderen Nutzung, z.B. Radweg erhalten. Die Zukunft der Krebsbachtalbahn ist zunächst auf 5 Jahre gesichert, natürlich könne man nie wissen, wie es weitergeht, aber Stand jetzt bleibt die Strecke erhalten.

Stadtrat Rüdiger Knapp erläutert, dass bis 2024 das herkömmliche Internet kein Nutzen mehr hat. Herr Drescher merkt an, dass 50 MB Datenübertragung in den nächsten Jahren Bedingung sind und ohne Glasfaser eine Unterversorgung herrschen wird. Stadtrat Rüdiger Knapp teilt mit, dass die Telekom gerade dabei ist Kabel zu verlegen.

Herr Drescher ist froh über jeden privatwirtschaftlichen Ausbau. Nach seinen Informationen seitens der Telekom führen die Glasfaserkabel an Helmhof und Untergimpfern vorbei, jedoch nicht mit dem Ansinnen, diese Ortsteile anzuschließen. Die Kosten für den FTTB-Ausbau betragen Milliarden, was die Telekom sicherlich nicht mitmacht und nicht leisten kann.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt nach der Preissteigerung, die eventuell auf die Gemeinde zukommen kann. Herr Drescher teilt mit, dass durch Mitverlegung viel gespart werden kann, was in der Vorlage nicht eingerechnet ist, die geringeren Kosten für den Tiefbau (80%) für den Ausbau mit Glasfaser daher gespart werden und die Kosten generell eher zu hoch kalkuliert sind. Bei der Planung werden viele durchzuführenden Baumaßnahmen genutzt.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass in den Gebieten, in denen die Versorgung benötigt wird und gleichzeitig Baumaßnahmen durchgeführt werden bereits Leerrohre verlegt werden. Glasfaser wird dort bereits verlegt wo bekannt ist, dass das Produkt dort gebraucht wird. Aber eine genaue Feinplanung ist hier vonnöten.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach den öffentlichen Kosten und was der Grundstückseigentümer für den Hausanschluss zu zahlen hat. Herr Drescher teilt mit, dass es je nach Lage des Hauseingangs aufgrund der Laufmeterpauschale unterschiedlich ist. Die Kosten betragen in etwa zwischen 300,00 und 2.000,00 €. Hier kann es auch einen Zuschuss vom Betreiber geben. Es ist dennoch möglich wie jetzt auch einen anderen Betreiber auf das Netz zu lassen, sodass der jeweilige Eigentümer oder Mieter seinen Anbieter selbst wählen kann.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob für jeden Grundstückseigentümer eine neue Infrastruktur nötig ist. Herr Drescher teilt mit, dass lediglich vom Router ein anderes Kabel mit hohem Breitband angeschlossen werden muss. Wenn es gewollt ist, kann auch jedes Stockwerk neu verkabelt werden.

Stadträtin Karin Bender fragt nach dem Begriff der Ausbauvorbereitungen, die im Beschlussvorschlag erwähnt sind. Herr Drescher teilt mit, dass darunter der Kontakt mit den Gewerbetreibenden, Kostenschätzungen und weitere Vorstellungen im Gemeinderat zu verstehen sind.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat beschließt den Beitritt der Stadt Neckarbischofsheim zum Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar und stimmt der Satzung in der als Anlage beigefügten Fassung zu. **13 Ja**

b) Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar mit der Erstellung einer Feinplanung für den innerörtlichen Ausbau zu beauftragen. **13 Ja**

c) Die Verwaltung wird ermächtigt, den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar mit den Ausbauvorbereitungen für folgende Gebiete zu beauftragen:

1. Gewerbegebiet Auwiesen/Helmstadter Straße/Bahnhofstraße
2. Wohngebiet „Neckarbischofsheim Süd“
3. Stadtteil Helmhof
4. Stadtteil Untergimpfern

Abstimmung: 13 Ja

07. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 30.09.2014

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass in der nicht-öffentlichen Sitzung vom 30.09.2014 Herr Wolfgang Belz als Badeaufsicht im Hallenbad und Herr Jürgen Kopiella als dessen Stellvertreter eingestellt worden sind.

08. Bekanntgaben

Frau Bürgermeisterin Tanja Grether gibt bekannt, dass es in Neckarbischofsheim einen neuen Verein gibt. Die „ISbN – Initiative für die Stadtbücherei Neckarbischofsheim e.V.“ ist ein Förderverein für die Stadtbücherei. Jeden zweiten Freitag werden nun durch den Verein Vortragsveranstaltungen hier im Sitzungsraum ausgerichtet, die rechtzeitig im Nachrichtenblatt veröffentlicht werden.

09. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt an, ob es in Neckarbischofsheim schon Asylanten gibt und welche Familie in der Stadthalle wohnt. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm antwortet, dass vor zwei Wochen eine obdachlose Familie in einer Hausmeisterwohnung einquartiert wurde. Herbert Hauck und Bodo Jochinke suchen derzeit für die Familie eine Wohnung in Neckarbischofsheim.

Weiterhin merkt Stadtrat Erhard Rupprecht an, dass in der Sporthalle im Gymnasium zwei Lampen defekt sind. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erklärt, dass Joachim Proissl den Auftrag hat, diese auszutauschen. Stadtrat Hans-Peter Jelinek erwidert, dass auch an der oberen Treppe eine Lichtröhre ausgetauscht werden sollte.

Stadtrat Rüdiger Knapp erläutert, dass man für das Bürger-WLAN viel Geld investiert hat, damit die Bürger Empfang haben und stellt gleichzeitig fest, dass es jedoch nicht richtig funktioniert.

Bürgermeisterin Tanja Grether erklärt, dass dafür kein extra Geld investiert wurde, sondern das Bürger-WLAN quasi der Nebeneffekt des eingerichteten Rathaus-WLAN war. Es sei richtig, dass die Verbindung draußen sehr schlecht sei, aber eine bessere Abdeckung mit der momentanen Bandbreite nicht möglich ist. In erster Linie sollte die Verwaltung abgeschlossen werden. Für das Bürger-WLAN steht nur ein geringer Teil der Bandbreite zur Verfügung.

Stadtrat Rüdiger Knapp merkt an, dass also keine Werbung mit dem Bürger-WLAN gemacht werden sollte, wenn dieses nicht funktioniert. Bürgermeisterin Grether erläutert, dass momentan in der Tat nicht damit geworben werden könne, hier müsse man wohl auf das Highspeed-Netz warten.

Stadtrat Rüdiger Knapp fragt an, ob und wieso die Fa. Telekom nach Untergimpfern / Obergimpfern Glasfaserkabel gelegt hat und ob ein weiterer Ausbau erfolgen soll. Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erklärt, dass die Verwaltung keine Kenntnis vom Vorhaben der Telekom hat. (der Punkt ‚Verschiedenes‘ wurde in der Sitzung vorgezogen, weil die Referenten zum TOP High-Speed-Netz noch nicht eingetroffen waren. Diese konnten die Frage später dahingehend beantworten, dass die Telekom zwar Leitungen lege (nicht nur hier), aber keine Absicht des Unternehmens bestünde, die kleinen Ortsteile an Glasfaser anzuschließen.)

Stadtrat Michael Krieger erklärt, dass in der Turmstraße an der Kreuzung zur oberen Rumstraße Baustellenfahrzeuge in der Grünfläche beim Fünfeckigen Turm stehen und dass in der Grünfläche seiner Meinung nach nicht geparkt werden sollte. Der städtische Mitarbeiter Roland Herbold erläutert, dass dort noch ein Parkplatz errichtet wird.

Stadtrat Norbert Benz erläutert, dass in der Unteren Mühlbachgasse die Straße in einem schlechten Zustand ist und fragt, wann dort mit dem Straßenbau begonnen werden soll nachdem nun die Bordsteinhochsetzungen erfolgten. Der städtische Mitarbeiter Roland Herbold erklärt, dass im Haushaltsplan die Maßnahme eingeplant ist, jedoch durch die Bauarbeiten der von-Hindenburg-Straße und der Waibstadter Straße zurückgesetzt wurde. Nach der Abrechnung wird geschaut, was von dem Geld übrig bleibt und danach muss der Gemeinderat über die Maßnahme neu entscheiden.

10. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Friedbert Schäfer fragt an, ob die neue Brücke bei der Verlegung des Rosenbaches mit dem Fußgängerüberweg in der Sinsheimer Straße bzw. mit dem Gehweg im Neubaugebiet verbunden wird und ob in diesem Zuge die Sinsheimer Straße gleich nach vorne erneuert wird.

Haupt- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm antwortet, dass dies eine Wunschvorstellung ist. Es ist geplant möglichst viel im Zusammenhang mit der Maßnahme durchzuführen. Dies ist jedoch noch extra im Gremium zu beraten, da dadurch höhere Kosten entstehen.

Vorsitzende:

Schriftführer:

Urkundspersonen: